

Gekrönt Claudia Weissenberger heisst die neue Weinprinzessin, die am Erzinger Winzerfest gekrönt wurde. **Klettgau Seite 20**

Damhirschzucht Aus ursprünglich 11 Tieren 2005 wurden 100 Damhirsche auf dem Thurhof bei Ossingen. **Weinland Seite 23**

Gestern im Kantonsrat

Vorsitz Hans Schwaninger

► Der Kantonsrat will nicht, dass die Regierung einen **Gegenvorschlag** zur **«Steuern runter!»-Initiative** der Jungfreisinnigen ausarbeitet. Er hat einen entsprechenden Antrag mit 37 zu 13 Stimmen **abgelehnt**.

► Die **Initiative selbst** empfiehlt das Parlament mit 43 zu 4 Stimmen **zur Ablehnung**.

► Der **Geschäftsbericht 2011 der Kantonalen Pensionskasse** wurde mit 50 zu 0 Stimmen genehmigt.

► Die Überweisung des Postulats betreffend **Energieregion Schaffhausen** wurde mit 35 zu 13 Stimmen **abgelehnt**.

► Die Motion betreffend **Warmwasseraufbereitung mit Sonnenkollektoren** wurde zurückgezogen.

► Die Motion betreffend **Ersatz von ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen** wurde mit 35 zu 7 Stimmen nicht überwiesen.

Journal

Besuch aus dem Kanton Nidwalden

An der gestrigen Sitzung des Kantonsrats war das Ratsbüro des Landrates Nidwalden unter der Leitung von Landratspräsident Josef Niederberger auf der Gästetribüne anwesend.

Kantonale Pensionskasse: Geschäftsbericht genehmigt

Die Freude bei der Beratung des Geschäftsberichts 2011 der Kantonalen Pensionskasse gestern durch den Kantonsrat hielt sich in engen Grenzen. Anlass zum Frohlocken gab es nicht: Der Deckungsgrad sank gegenüber dem Vorjahr nochmals, und zwar um rund 2 auf 93,11 Prozent, und das trotz laufender Sanierungsmassnahmen in Form erhöhter Beiträge von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Trotzdem sei man mit einer Nettorendite beim angelegten Kapital von 1,9 Prozent noch gut bedient gewesen, meinte **Dino Tamagni** (SVP, Neuhausen) als Sprecher der Geschäftsprüfungskommission. Den angestrebten Deckungsgrad von 113,9 Prozent zu erreichen, sei unter den herrschenden Rahmenbedingungen nicht möglich. In der Diskussion regte **Martin Kessler** (FDP, Trasadingen) an, den Mindestzins von 1,5 Prozent zu senken, wogegen sich **Sabine Spross** (SP, Schaffhausen) wehrte, da darunter vor allem die Arbeitnehmer leiden müssten. Der Rat genehmigte den Bericht mit 50 zu 0 Stimmen. (ek)

Nein zur Steuersenkungs-Initiative

Mit deutlichem Mehr lehnt der Kantonsrat die «Steuern runter!»-Initiative der Jungfreisinnigen ohne Gegenvorschlag ab. Entschieden ist damit aber noch nichts.

VON ZENO GEISSELER

Woran merkt man, dass Wahlen anstehen? Daran, dass an der letzten Parlamentsitzung vor dem grossen Wahlsonntag die Reden spritziger und geschliffener als sonst ausfallen. Und dass die eine oder andere Person nicht nur zur Sache spricht, sondern gleich auch noch ihr persönliches Grundsatzzprogramm für die Galerie und zuhänden des Protokolls verkündet. Man weiss ja nie.

So war es auch gestern im Kantonsrat. Das Haupttraktandum war wie geschaffen für einen Schlagabtausch der grundsätzlichen Art. Zu diskutieren war die «Steuern runter!»-Initiative der Jungfreisinnigen. Diese fordert, dass der Steuerfuss deutlich gesenkt wird (siehe Kasten). Das Parlament hat zu dieser Initiative zwar nicht viel zu sagen, sie wird so oder so vors Volk kommen. Gestern aber ging es darum, ob der Rat sie zur Annahme oder zur Ablehnung empfiehlt und ob zu der Vorlage ein Gegenvorschlag ausgearbeitet werden soll.

Die Regierung hatte bereits im Vorfeld deutlich gemacht, dass sie die Initiative ablehnt und auch nicht daran denkt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Für Steuersenkungen gebe es schlicht keine Luft derzeit. Ganz ausgeschlossen sind weitere Entlastungen allerdings nicht. Denn langfristig bleibt die Regierung beim strategischen Ziel, die Steuern dem Niveau der Zürcher Nachbarschaft anzunähern. Aber eben: langfristig. «Zuerst müssen wir den Haushalt in Ordnung bringen. Dann sehen wir weiter», sagte Finanzdirektorin **Rosmarie Widmer Gysel**.

«Tiefe Steuern sind nicht alles»

Damit rannte die Regierungsrätin offene Türen ein. **Heinz Brütsc** (FDP, Büttenhardt) sagte, «statt Steuern zu senken, sollte unser Ziel lauten: keine Steuererhöhungen, keine neuen Steuern und keine höheren Gebühren». Auch für Grossprojekte, betonte Brütsc mit Blick auf die anstehende Erneuerung des Spitals, dürfe es keine neuen Abgaben geben. Im Übrigen gebe es Studien, wonach andere Faktoren viel wesentlicher für die Lebensqualität seien als tiefe Steuern. An diese Aussage dürfte die FDP bei künftigen Budgetdebatten sicher noch erinnern werden.



Die Debatte drehte sich manchmal ein wenig im Kreis, aber am Schluss war das Verdikt zur Initiative deutlich. Bild Zeno Geisseler

tigen Budgetdebatten sicher noch erinnern werden.

Dann ergriff **Matthias Freivogel** (SP, Schaffhausen) das Wort. Der plädoyergestählte Rechtsanwalt hielt rhetorisch die mit Abstand beste Rede der gestrigen Sitzung. «Die Initiative ist unnötig, unzeitgemäss, unausgewogen und un-solidarisch. Das Einzige, was sie nicht ist: unzulässig. Leider.» «Gouverner, c'est prévoir», sagte Freivogel, und dazu gehöre eben auch, nicht nur bis zur Nasenspitze zu denken. «Wollen wir einen Polizeichor im Klosterviertel? Wollen wir weiterhin Atomstrom? Wollen wir ein altes Spital, das immer älter wird?» Beim Steuerwettbewerb sei ein «race to the bottom» ruinös. «Steuern müssen so tief sein wie möglich, aber so hoch wie nötig.» Deshalb lehne seine Fraktion auch einen allfälligen Gegen-vorschlag ab. «Unsinn bleibt Unsinn, auch wenn er abgeschwächt wird.»

Anschliessend war **Christian Ritzmann** (JSVP, Schaffhausen) am Zug. Er hatte der Regierung in der Vergangenheit schon harte Worte entgegengeschleudert, doch gestern gab er sich staatstragend: «Unsere Fraktion steht geschlossen hinter der Steuerstrategie der Regierung. Die Kantonsfinanzen sind kein Spielplatz für Experimente.» Ritzmann geisselte die «realitätsferne Steuersenkungswut». «Unsere Fraktion ist im Prinzip auch für Steuersenkungen, aber nicht für Kahlschläge.» Deshalb werde sie auch einen Gegen-vorschlag ablehnen. Er schloss mit der

Bemerkung, «die Initiative ist kompromisslos und radikal», was man auf Urheberseite wohl auch als Kompliment auffassen kann.

Bernhard Egli (ÖBS, Schaffhausen) fügte hinzu, dass man nicht bloss immer die Steuern vergleichen dürfe. «Für eine 4,5-Zimmer-Wohnung bezahlt man in Zürich 3200 Franken pro Monat, bei uns 1600.» Dass höhere Steuern einen Kanton weniger attraktiv machten, sei eine Fehlinterpretation.

Vergleichsweise kleine Kürzung

Schliesslich ergriff mit **Florian Hotz** (JFSH, Schaffhausen) ein Vertreter der Initianten das Wort. «Wir haben in den letzten zehn Jahren dreimal mehr gespart, als wir jetzt in acht Jahren erreichen wollen.» Hotz warb dafür, wenn schon nicht für die Initiative, dann aber doch für einen moderateren Gegen-vorschlag einzustehen. «Man kann nicht sagen, man verfolge die Steuerstrategie weiter, und lehnt gleichzeitig den Gegen-vorschlag ab.» **Christian Heydecker** ergänzte, dass ein allfälliger Gegen-vorschlag ja sowieso zuerst ausgearbeitet werden müsste.

Dann wurde abgestimmt. Zuerst ging es darum, ob es einen Gegen-vorschlag geben sollte. Dies wurde mit 37:13 Stimmen abgelehnt. Noch deutlicher, mit 43:4 Stimmen, entschied der Rat, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Jetzt kann das Volk über die Initiative entscheiden. Die Abstimmung ist für den 3. März 2013 terminiert.

«Steuern runter!» Inhalt, Gegenvorschlag

Die Initiative «Steuern runter!» wurde von den Jungfreisinnigen Schaffhausen eingereicht. Sie verlangt, dass der kantonale Steuerfuss während fünf Jahren um je zwei Prozentpunkte pro Jahr gesenkt wird, erstmals 2013.

Auswirkungen Laut Regierung betragen die Mindereinnahmen bei Annahme zwischen 4,7 Millionen Fr. (2013) und 26,2 Mio. Fr. (2017). **Ist das viel oder wenig?** Zur Einschätzung drei Vergleiche: 1. Der Kanton rechnet für das Jahr 2013 mit Einnahmen von rund 640 Mio. Fr., davon sind rund 309 Mio. Fr. Steuern. 2. Das Entlastungsprogramm ESH 3 soll den Haushalt jährlich um 24,7 Mio. Fr. entlasten. 3. Zwischen 2001 und 2010 wurden die Steuern jedes Jahr gesenkt, die jährlichen Entlastungen betragen 75,6 Mio. Fr.

Gegenvorschlag Gestern im Rat wurde folgende Variante besprochen: Reduzierung Steuerfuss während 6 (statt 5) Jahren, mehr Flexibilität (keine jährliche Minimalsenkung, nur das Endziel zählt) sowie statt Reduktion des Steuerfusses eine Anpassung des Steuergesetzes, also auch hier mehr Flexibilität.

Einer zurückgezogen, zwei abgelehnt

Der Kantonsrat behandelte gestern weitere Vorstösse zum Thema «Energie».

VON ERWIN KÜNZI

Mit der Orientierungsvorlage der Regierung zum Ausstieg aus der Kernenergie hatte der Kantonsrat auch diverse «Erklärungen» verabschiedet, die sich auf Motionen und Postulate bezogen, die zum Thema «Energie» eingereicht worden waren (die SN berichteten). Daraufhin waren die meisten dieser Vorstösse von ihren Urheberinnen und Urhebern zurückgezogen worden, allerdings nicht alle. Deshalb waren alle nochmals traktandiert worden, und bereits an der letzten Sitzung wurde damit begonnen, jeden einzelnen Vorstoss erneut zur Sprache zu bringen. Dabei beharrte **Daniel Fischer** (SP, Schaffhausen) darauf, dass sein

Postulat «Energieregion Schaffhausen» nicht nur als «Erklärung» gutgeheissen, sondern offiziell vom Rat an die Regierung überwiesen werden solle.

«Zug bereits unterwegs»

Nachdem Fischer an der letzten Sitzung begründet hatte, warum die Region Schaffhausen zur Energieregion aufgebaut werden soll, und die Regierung dazu Stellung genommen hatte, wurde gestern diskutiert. Taten seien jetzt gefragt und nicht noch mehr Papier, meinte **Bernhard Müller** (SVP, Thayngen). Das Postulat sei abzulehnen, denn «der Zug ist bereits unterwegs». Hier sei nicht der Kanton, sondern die Gemeinden gefordert, sagte **Urs Capaul** (ÖBS, Schaffhausen). Ob-

wohl **Andreas Frei** (SP, Stein am Rhein) sich für das Postulat einsetzte, folgte der Rat Regierungsrat **Reto Dubach**, der den Vorstoss als unnötig bezeichnete, und lehnte seine Überweisung mit 35 zu 13 Stimmen ab.

Nachdem **Martina Munz** (SP, Hallau) ihre Motion zur Warmwasseraufbereitung mit Sonnenkollektoren zurückgezogen hatte, wollte **Matthias Frick** (AL, Trasadingen) einen Entscheid des Rates über seine Motion zum Ersatz von ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen, da diese verbindlicher sei als nur eine «Erklärung». Nach einem vor allem dem Wahlkampf geschuldeten Hickhack entschied der Kantonsrat mit 35 zu 7 Stimmen, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Sätze zur Situation

Matthias Freivogel

«Hier kommt der Weckruf der SP/AL-Fraktion.»

Thomas Hurter

«Ich habe fast den Eindruck, heute gilt «Je mehr Geld für den Staat, desto besser geht es uns.»

Matthias Freivogel

«Selbst ernannte, teilweise promovierte Büezer wollen das Volk blenden.»

Florian Hotz

«Ich bin lieber ein promovierter Büezer als ein lizenziertes Genosse.»

Jürg Tanner

«Die Büezer von der Regierung dürfen dann einen Gegen-vorschlag ausarbeiten, der ebenso unsinnig ist wie die Initiative.»

Christian Heydecker

«Ich gebe es zu, ich habe die Initiative auch unterschrieben. Aber heute ist sie mir zu starr.»

Daniel Fischer

«Die Junge FDP kommt mir vor wie ein durchgegangener Gaul, der mit Scheuklappen auf die Klippe zurennet.»

Florian Keller

«Ich glaube, dass es vor allem den Multimillionären und den Grossaktionären heute besser geht.»

Christian Ritzmann

«Wir müssen den Staat auf den Kopf stellen und an allen Ecken und Enden nach Sparmöglichkeiten suchen.»

Bernhard Egli

«Es ist unseriös, zum jetzigen Zeitpunkt die Steuern zu senken. Punkt.»

Herblingen Jeweils im September trifft sich das ganze Quartier – oder ist es nicht immer noch ein Dorf? – zur grossen Chilbi.

Herblingen Beilage

Chef und Pilot Karl Kistler, CEO der Edelweiss Air, nimmt immer wieder gerne auch selber im Cockpit Platz.

Regionale Wirtschaft Seite 9

NHL-Star in Bern Mark Streit spielt während des Lockouts in der NHL für den SC Bern.

Sport Seite 24



Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

Ausland

China lässt Fischer fahren

PEKING Im Streit um unbewohnte Inseln fährt China gegen Japan grobes Geschütz auf. So droht Peking mit einem Handelskrieg. Derzeit sollen gegen 100 chinesische Fischerboote auf dem Weg zu den Inseln sein, wo sich reiche Fischgründe befinden sollen. Das dürfte sich Japan nicht bieten lassen und reagieren.

Seite 3

Region

Einweihung des Neubaus

SCHAFFHAUSEN Die International School of Schaffhausen weicht in dieser Woche ihr neues Schulhaus für die Sekundarschule ein. Der zweistöckige Bau mit zehn Schulzimmern bietet Platz für 120 Schüler. Das ganze Projekt beim Logierhaus kostete fast drei Millionen Franken.

Seite 17

Sport

Baden nächster FCS-Cup-Gegner

MURI BEI BERN Bei der gestrigen Auslosung der Sechzehntelfinalrunde im Schweizer Fussballcup hat der FC Schaffhausen nicht das grosse «Hammerlos» gezogen. Der FCS reist am 10./11. November zum FC Baden, welcher der 1. Liga Classic angehört – eine Klasse unterhalb der 1. Liga Promotion.

Seite 25

Gsaat isch gsaat

«Unsinn bleibt Unsinn, auch wenn er abgeschwächt wird»

Matthias Freivogel, Kantonsrat zum Gegenvorschlag zur «Steuern runter!»-Initiative

Nein zu «Steuern runter!»-Initiative

Zu weit gehen die Steuersenkungspläne der Jungfreisinnigen für die Mehrheit des Kantonsrats. Der Kanton Zürich hingegen senkt seine Steuern, Familien profitieren.

VON ZENO GEISSELER

SCHAFFHAUSEN Schaffhauser Private und Firmen sollen künftig deutlich weniger Steuern bezahlen müssen. Dies fordert die «Steuern runter!»-Initiative der Jungfreisinnigen. Der Steuerfuss soll während fünf Jahren um jährlich zwei Punkte sinken, was für den Kanton Mindereinnahmen von bis zu rund

26 Millionen Franken bedeutet. «Zu viel», sagt die Regierung, «zu viel», sagte gestern auch die grosse Mehrheit des Kantonsrats an der letzten Sitzung vor den Kantonsratswahlen.

«Die Initiative ist unnötig, unzeitgemäss, unausgewogen und unsolidarisch», sagte Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen). Christian Ritzmann (JSVP, Schaffhausen) bezeichnete die Pläne als «realitätsferne Steuersenkungswut». Florian Hotz (JSFH, Schaffhausen) gelang es als Vertreter des Initiativkomitees nicht, eine Mehrheit für die Initiative zu gewinnen. Vergeblich wies er darauf hin, dass die Vorlage viel bescheidener sei als die Steuererleichterungen der vergangenen Jahre. Auch für einen moderateren Gegenvorschlag fanden sich kaum Befürworter. Das Schaffhauser Parlament beschloss,

die Initiative mit 43 zu 4 Stimmen deutlich zur Ablehnung zu empfehlen. Mit 37 zu 13 Stimmen entschied der Kantonsrat zudem, der Initiative keinen Gegenvorschlag zur Seite zu stellen. Das letzte Wort hat nun das Volk: Die Initiative kommt am 3. März 2013 an die Urne.

Zürich entlastet Familien

Schaffhausen hält laut Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel weiterhin am Ziel fest, die Steuerbelastung langfristig derjenigen des Kantons Zürich anzupassen. Der Abstand zum südlichen Nachbarn ist seit gestern allerdings etwas grösser geworden, denn Eltern mit Kindern werden ab 2013 im Kanton Zürich steuerlich entlastet, berichtete die Nachrichtenagentur SDA. Der Zürcher Kantonsrat beschloss am Montag verschiedene An-

derungen im Steuergesetz. Statt 7400 Franken wie bisher dürfen Eltern ab 2013 für jedes Kind 9000 Franken auf der Steuererklärung abziehen. Eine Änderung gibt es auch für Eltern, die ihre Kinder ausserhalb der Familie betreuen lassen und dafür zahlen. Sie dürfen ab 2013 einen höheren Fremdbetreuungsabzug vornehmen. Der bisherige Betrag von 6500 Franken wird auf 10 100 Franken erhöht.

Unbestritten war schliesslich eine weitere Änderung des Steuergesetzes im Zusammenhang mit der kalten Progression: So soll ab 2014 die Teuerung auf Steuern alle zwei Jahre automatisch ausgeglichen werden. Insgesamt bedeuten die Änderungen für die Gemeinden und den Kanton Zürich Ausfälle von fast 100 Millionen Franken. Bericht auf Seite 15

Ladenöffnung Bis 20 Uhr soll in allen Kantonen möglich sein



Nach der Lockerung für Tankstellenshops hat sich der Ständerat gestern auch für generell längere Ladenöffnungszeiten im Detailhandel ausgesprochen. Er nahm als Erstrat eine Motion von Filippo Lombardi (CVP/TI) mit 27 zu 11 Stimmen an. Lombardi verlangt, dass schweizweit alle Detailhandelsbetriebe das Recht haben, ihre Produkte werktags zwischen 6 Uhr und

20 Uhr und samstags von 6 Uhr bis 19 Uhr zu verkaufen. Im Vergleich zu den Nachbarländern habe die Schweiz beim Detailhandel heute die restriktivsten Öffnungszeiten. «Sollen die Konsumenten gezwungen werden, ihre Einkäufe an Tankstellen oder im Ausland zu machen?», fragte er rhetorisch. Bild Key Mehr auf Seite 5

Proteste gegen Film

Die islamische Welt kommt nicht zur Ruhe

BEIRUT/JAKARTA Nach einem relativ ruhigen Wochenende sind die Proteste gegen einen islamfeindlichen Schmähfilm in mehreren Ländern wieder aufgeflammt. Erstmals eskalierten die Kundgebungen am Montag auch in Indonesien, dem Land mit der grössten muslimischen Bevölkerung weltweit. In der Hauptstadt Jakarta protestierten Hunderte Menschen gegen den Film, in dem der Prophet Mohammed als Kinderschänder, Schürzenjäger und Homosexueller verunglimpft wird.

Auch in der afghanischen Hauptstadt Kabul schlugen die Proteste in Gewalt um. Über 1000 Menschen gingen laut Polizei auf die Strasse, setzten Polizeifahrzeuge in Brand und schossen auf Polizisten. Bis zu 50 Polizisten seien verletzt worden, sagte der Polizeichef.

An Protesten in Libanon nahm überraschend auch der Führer der radikal-islamischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, teil. Er zeigt sich normalerweise nicht in der Öffentlichkeit. (dpa) Mehr auf Seite 3

Asylsuchende bis drei Jahre in Bundesbauten unterbringen

Beide Kammern stimmen der Änderung des Asylgesetzes zu, das die Umnutzung von Bundesbauten vorsieht.

BERN Asylsuchende können künftig bis zu drei Jahre in Bundesbauten untergebracht werden, ohne dass der Kanton oder die Gemeinde zustimmt. Diese dringliche Gesetzesänderung hat nach dem Ständerat gestern auch der Nationalrat gutgeheissen. Die Mehrheit ver-

trat die Auffassung, drei Jahre seien sinnvoll; ursprünglich war ein Jahr vorgeschlagen worden. Auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga sprach sich für drei Jahre aus.

Erneut zu diskutieren gab im Rat, ob es dringlich sei, Wehrdienstverweigerer nicht mehr als Flüchtlinge anzuerkennen. Sommaruga betonte erneut, an der heutigen Praxis werde sich nichts ändern. Betroffen seien nämlich Menschen, denen Folter drohe. (sda) Kommentar und Bericht auf Seite 5

Ruhegehalt

So viel erhalten die alt Stadträte

SCHAFFHAUSEN Per Ende Jahr scheiden Jeanette Storrer (Rücktritt) und Peter Käppler (abgewählt) aus dem Stadtrat aus, doch nur Käppler erhält ein Ruhegehalt von der Stadt: Während 114 Monaten erhält er gegen 92 000 Franken pro Jahr, das entspricht einem Lohn von etwa 7600 Franken pro Monat. Storrer erhält aufgrund ihres freiwilligen Rücktritts vor dem 55. Altersjahr keine finanzielle Abgeltung der Stadt für ihre vier Jahre im Amt. (rob) Mehr auf Seite 19

ANZEIGE

Ihr Maler

- zuverlässig
- sauber
- günstig

spleiss

052 633 08 08
www.spleiss.ch

A1288565



ANZEIGE

Kantonsratswahlen vom 23. September 2012 **Liste 1**

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

www.sp-schaffhausen.ch

SP

A1312939